



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

***Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei
und des Deutschen Historischen Museums***

1. April 2011 bis 31. Juli 2011, Ausstellungshalle von I. M. Pei, 1.+2. OG

Pressekonferenz mit Vorbesichtigung

Zeit: Donnerstag, 31. März 2011, 10.30 Uhr

Ort: Auditorium in der Ausstellungshalle von I. M. Pei des DHM

Thema: Pressevorbesichtigung der Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ im DHM, 1. April 2011 bis 31. Juli 2011, tgl. 10-18h

Auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind noch lange nicht alle Fragen zum NS-Regime mit Hitler, Himmler und Göring an der Spitze beantwortet. Die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ thematisiert den Beitrag der deutschen Polizei zum nationalsozialistischen Terrorregime. Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen. Die Ausstellung zeigt, daß nicht nur die Gestapo, sondern auch die Kriminalpolizei und die uniformierte Polizei die politischen und weltanschaulichen Gegner des NS-Staats verfolgten – zunächst im Innern des Deutschen Reiches und ab Kriegsbeginn 1939 auch in den von der Wehrmacht eroberten Gebieten. Alle Sparten der Polizei waren am nationalsozialistischen Völkermord beteiligt, an der Unterdrückung des Widerstands und der Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit. Diese Verbrechen verübten Polizisten, die mehrheitlich in der Weimarer Republik, einem demokratischen Rechtsstaat, ausgebildet wurden. Nur wenige von ihnen mußten sich für ihre Taten nach 1945 vor Gericht verantworten. Viele konnten in der Bundesrepublik ihre Karrieren im Polizeidienst fortsetzen. Die Ausstellung präsentiert in sieben Kapiteln mehr als 500 Objekte zur Geschichte der Polizei im NS-Staat. Der Rundgang beginnt mit der Weimarer Republik, die von der Polizei nur widerwillig gegen die Angriffe politischer Extremisten verteidigt wurde. Die folgenden Abschnitte widmen sich den Anfängen der Diktatur und der Neuformation des Polizeiapparats nach der Konsolidierung des Regimes. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf den Verbrechen der Polizei in den besetzten Gebieten ab 1939. Im Epilog wird der Umgang mit den Tätern in der deutschen Gesellschaft und Polizei nach 1945 thematisiert.

Kontakt: Dr. Rudolf Trabold, Pressereferent
Tel. 030-20304410, trabold@dhm.de



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

Statements zur Ausstellung

„Die bewusste Konfrontation mit der eigenen Geschichte in der NS-Zeit hilft der Polizei, ihre Rolle im demokratischen Rechtsstaat sensibel und selbstkritisch wahrzunehmen. Denn das Handeln der Polizei bringt am unmittelbarsten den Charakter eines politischen Systems zum Ausdruck. In autoritären und totalitären Regimen steht sie für rücksichtslose Herrschaftssicherung, Repression, Willkür und Korruption. Polizei in der Demokratie sichert die Freiheits- und Bürgerrechte und trägt damit zum inneren Frieden bei. Ob sie sich in dieser anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgabe bewährt, beweist sich allein in ihrem alltäglichen Handeln. Historisch-politische Bildung unterstützt sie, diesem Anspruch gerecht zu werden.“

Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei

„Die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ entstand in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Sie wird im Deutschen Historischen Museum in Berlin gezeigt und setzt sich mit der vielleicht schwierigsten Epoche der deutschen Polizeigeschichte auseinander. Dabei geht es nicht nur um den Zeitraum von 1933 bis 1945, sondern auch um die Ereignisse vor und nach der NS-Herrschaft, ohne die man die Rolle und Funktion der Polizei im nationalsozialistischen Terrorregime nicht begreifen und verstehen kann. Mit dieser Ausstellung wird nun erstmals der groß angelegte Versuch unternommen, ein Gesamtbild der Geschichte der Polizei im NS-Staat zu zeigen und dabei deutlich über die bisherigen regionalen und lokalen Ansätze hinauszugehen.“

Prof. Dr. Hans Ottomeyer, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

<i>Ort</i>	Deutsches Historisches Museum Berlin Ausstellungshalle von I.M. Pei Unter den Linden / Hinter dem Zeughaus
<i>Laufzeit</i>	1. April 2011 bis 31. Juli 2011
<i>Öffnungszeiten</i>	täglich 10 – 18 Uhr
<i>Informationen</i>	Deutsches Historisches Museum Unter den Linden 2, 10117 Berlin Telefon 030/20304 – 444, Fax 030/20304 - 543
<i>Internet</i>	www.dhm.de/ausstellungen
<i>Ausstellungsfläche</i>	ca. 1000 m ² im 1. + 2. OG des Pei-Baus
<i>Umfang der Ausstellung</i>	ca. 500 Exponate und Medienstationen
<i>Projektleitung</i>	Dr. Wolfgang Schulte, Dr. Detlef Graf v. Schwerin
<i>Ausstellungskuratoren</i>	PD Dr. Mariana Hausleitner, Florian Dierl, Martin Hölzl, Andreas Mix
<i>Ausstellungsgestaltung</i>	Janet Görner, Mitarbeit: Peggy Laws
<i>Katalog</i>	320 Seiten, Broschur, 198 Abb. farbig + sw, 19,80 €
<i>Eintritt</i>	6 €, Jugendliche bis 18 Jahre frei, Jahreskarte 30 €
<i>Führungen</i>	4 €, Mo 15 Uhr, Sa 14 Uhr, So 11 und 14 Uhr

Für Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung
Führungsgebühr pro Gruppe: 75 € max. 30 Teilnehmer zzgl. Eintritt, unter 18 Jahren frei

Führungsgebühr pro Schüler/Schülerin: 1 €, Eintritt: frei

Führungsbuchung, Anmeldung und Information
Montag - Freitag 9 - 16 Uhr, Tel.: 030 – 20 304 750, E-Mail: fuehrung@dhm.de

Verkehrsverbindungen

S-Bahn Hackescher Markt, Friedrichstraße
U-Bahn Französische Straße, Hausvogteiplatz, Friedrichstraße
Bus 100, 200, TXL, Lustgarten, Staatsoper

Parken

Tiefgarage unter dem Bebelplatz, Einfahrt Behrenstraße
Parkhaus Dorotheenstraße
City-Quartier Dom Aquarée, Einfahrt Spandauer Straße



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

Begleitprogramm zur Ausstellung

Vorträge im Auditorium und Führungen mittwochs 18 Uhr

13. April 2011

Die späte Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Polizei
Gespräch mit Wolfgang Kopitzsch (Hamburg) Harold Selowski (Berlin)

20. April 2011

Mein Vater, der Gestapomann
Lesung und Gespräch mit dem Schriftsteller Martin Pollack (Wien)

11. Mai 2011

Das Gedenken an Orten der Täter
Gespräch mit Prof. Dr. Reinhard Rürup (Berlin) und Christoph Spieker (Münster)

25. Mai 2011

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat
Einleitungsvortrag und Ausstellungsführung
Andreas Mix, Ausstellungskurator

13. Juli 2011

Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat
Einleitungsvortrag und Ausstellungsführung
Andreas Mix, Ausstellungskurator [eventuell an dem Termin ein anderer Vortrag]

Filmreihe im Zeughauskino

5. April 2011, 20 Uhr

Oberwachtmeister Schwenke
D 1935, R: Carl Froelich, D: Gustav Fröhlich, Marianne Hoppe, Emmy Sonnemann,
Walter Steinbeck, Karl Dannemann, 93' 35 mm

6. April 2011, 20 Uhr

Dienst am Volk
D 1928/29, R: Walter Oberwinder, 80' 35 mm

Klavierbegleitung: Peter Gotthardt

Einführung: Jeanpaul Goergen



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

8. April 2011, 18.30 Uhr

Nachts, wenn der Teufel kam

BRD 1957, R: Robert Siodmak, D: Claus Holm, Mario Adorf, Hannes Messemer, Peter Carsten, 104' 35 mm

Einführung: Philipp Stiasny

10. April 2011, 19 Uhr

Im Namen des Volkes

D 1939, R: Erich Engels, D: Rudolf Fernau, Christine Grabe, Fritz Kampers, Ellen Bang, 84' 35 mm

Einführung: Philipp Stiasny

12. April 2011, 20 Uhr

Ein deutsches Schicksal – Kriminalkommissar Alfred Aedtner

BRD 1987, R: Yoash Tatari, 44' BetaSP

In Anwesenheit von Yoash Tatari

22. April 2011, 18.30 Uhr

Herr Schmidt von der Gestapo – Filmische Dokumentation einer Beamtenkarriere

DDR 1989, R: Róza Berger-Fiedler, 106' 35 mm

Einführung: Elke Schieber

23. April 2011, 21 Uhr

Kriminalkommissar Eyck

D 1939/40, R: Milo Harbich, D: Anneliese Uhlig, Paul Klinger, Herbert Wilk, Hans-Joachim Büttner, 87' 35 mm

26. April 2011, 20.00 Uhr

Land der Vernichtung

D 2004, R: Romuald Karmakar, 140' BetaSP

29. April 2011, 18.30 Uhr

Der gute Vater: Eine Tochter klagt an

D 2003, R: Yoash Tatari, 90' BetaSP

In Anwesenheit von Beate Niemann und Yoash Tatari

3. Mai 2011, 19 Uhr

Hôtel Terminus. The Life and Times of Klaus Barbie

Hôtel Terminus. Leben und Zeit des Klaus Barbie

USA/BRD/F 1988, R: Marcel Ophüls, 267' 35 mm, OmU



Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat

1. April bis 31. Juli 2011

Raum- und Sequenztexte

Eine Institution mit Vergangenheit

Als Träger des staatlichen Gewaltmonopols soll die Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgen. Das gilt für demokratische Staaten ebenso wie für Diktaturen. Die Herrschaft des nationalsozialistischen Staates beruhte auf Zustimmung, Anpassung und extremer Gewalt. Die Polizei war bis zum Untergang seine verlässliche Stütze. Mithilfe der Polizei setzte das NS-Regime seine politischen und weltanschaulichen Ziele durch. Viele Polizisten teilten die Vorstellung einer auf rassistischer Ausgrenzung beruhenden ***Volksgemeinschaft***.

Nicht nur die Gestapo, sondern auch die Kriminal- und die Ordnungspolizei beteiligten sich an den Verfolgungen tatsächlicher und vermeintlicher Gegner, bis hin zum Völkermord an den Juden sowie den Sinti und Roma.

Nach Kriegsende konnten viele Polizisten ihre Karrieren fortsetzen. Nur wenige mussten sich für ihre Verbrechen vor Gericht verantworten. An der Aufklärung der eigenen Vergangenheit zeigte die Polizei lange Zeit kein Interesse.

Militärische Traditionen und demokratische Ansätze in der Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg endete für Deutschland im November 1918 mit der Niederlage und dem Zusammenbruch der Monarchie. Aus den revolutionären Erschütterungen der Nachkriegszeit ging das Deutsche Reich als parlamentarische Republik hervor.

Die neue Reichsregierung sicherte ihre politische Macht mithilfe der Armee und paramilitärischer Verbände, den Freikorps. Aus diesen rekrutierte die Polizei ihr Personal. Die Polizei unterstand den einzelnen Ländern.

Von Beginn an wurde die Republik von Extremisten bekämpft. Vor allem linke Umsturzversuche schlug die militärisch ausgerüstete Polizei gewaltsam nieder. Diese Erfahrung prägte das weitere Einsatzverhalten der Polizei.

Ab 1924 entspannte sich die politische Situation. Der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing war bestrebt, die Polizei zunächst in Preußen, dann im gesamten Reich in eine zivile und moderne »Volkspolizei« umzuwandeln. Trotz mancher Reformerfolge scheiterte er bei dem Versuch, das militärische Selbstverständnis und die antirepublikanische Einstellung im Offizierskorps der Polizei zu ändern.

Neue Herausforderungen für die Polizei

Die Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität zwischen 1924 und 1928 wurde dazu genutzt, die Polizei zu entmilitarisieren. Diese rekrutierte nun vornehmlich junge Männer, die nicht mehr Angehörige von Armee oder Freikorps gewesen waren: Polizist wurde zu einem Ausbildungsberuf, der von einem demokratischem Selbstverständnis geprägt sein sollte. Auch Frauen hatten nun Zugang zum Polizeidienst, sie waren vor allem in der Fürsorge tätig.



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Die zunehmende Motorisierung und neue Formen organisierter Kriminalität stellten die Polizei vor immer größere Herausforderungen. Zu den neuen Aufgaben der Schutzpolizei gehörte die Regelung des immer stärker werdenden Straßenverkehrs. Die Kriminalpolizei verbesserte die Methoden der Spurensicherung und die Erfassung von Straftaten. Präsentiert wurden neue Konzepte der Polizeiarbeit auf der Großen Polizeiausstellung in Berlin 1926. Sie diente auch dazu, die Polizei als stets präsenten **Freund und Helfer** darzustellen.

Republik und Polizei in der Krise

Die Ära der Reformen war zu kurz, um die ausgeprägte Gewaltbereitschaft als Erbe militärischer Sozialisation in der Polizei nachhaltig zu überwinden. So wurden im Mai 1929 bei Unruhen in Berlin fast 40 Personen in Arbeitervierteln von der Polizei getötet. Dieser **Blutmai** verstärkte bei Kommunisten den Hass auf die Polizei und die Weimarer Republik.

Dem Dienst an der Republik verpflichtet, war die Polizei massiven Anfeindungen auch durch die Nationalsozialisten ausgesetzt. Besonders der Berliner Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß, einer der wenigen republikanisch gesinnten höheren Polizeibeamten, wurde aufgrund seiner jüdischen Herkunft zur Zielscheibe der hasserfüllten nationalsozialistischen Propaganda.

Zu Beginn der 1930er Jahre lieferten sich Nationalsozialisten und Kommunisten immer blutigere Saal- und Straßenschlachten. Viele vom Dauereinsatz zermürbte Polizisten begrüßten daher die reichsweite Einschränkung der Demonstrationsfreiheit 1932. Sie sehnten sich nach einer starken politischen Hand, die im Deutschen Reich für Ruhe und Ordnung sorgen sollte.

Die Polizei als Stütze der nationalsozialistischen Diktatur

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führte zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Innerhalb weniger Monate wurden die Länder im Deutschen Reich **gleichgeschaltet** und die Parteien verboten. Die Polizei war das wichtigste Instrument zur Verfolgung politischer Gegner und zur Durchsetzung der Diktatur.

Im NS-Staat wurden für die Polizei neue Strukturen geschaffen. Die Polizisten mussten ab 1934 einen Eid auf den **Führer** Adolf Hitler ablegen. Das polizeiliche Denken und Handeln sollte sich nicht mehr an Recht und Gesetz, sondern an **Volk** und **Rasse** orientieren. Die Polizei sollte als »Arzt am Volkskörper« tätig sein und alle unerwünschten Gruppen präventiv bekämpfen.

Inbegriff des NS-Terrors war die Geheime Staatspolizei. Als Institution zur Bekämpfung politischer und weltanschaulicher Gegner wurde sie mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Wer als Gegner galt, lag im Ermessen der Gestapo.



Errichtung der Gewaltherrschaft

Die Nationalsozialisten setzten nach ihrer Machtübernahme Führer von SA und SS an die Spitze der Polizeibehörden. Gegner des NS-Regimes wurden aus dem Polizeidienst entlassen. Die meisten Polizeibeamten verhielten sich gegenüber der Diktatur loyal. Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 bot den Vorwand, die Grundrechte außer Kraft zu setzen. Die Polizei erhielt erweiterte Befugnisse: Sie konnte nun eigenmächtig Personen unbefristet in **Schutzhaft** nehmen und in Konzentrationslager einweisen, ohne dass die Betroffenen dagegen Rechtsmittel einlegen konnten.

Eine aus SA und SS gebildete Hilfspolizei unterstützte die Polizei reichsweit bei der Verfolgung Oppositioneller. Aus der Politischen Polizei Preußens entstand die Gestapo. Sie hatte die Aufgabe, alle »staatsgefährlichen politischen Bestrebungen« zu bekämpfen.

Neuformierung und Kontinuität

Der Reichsführer-SS Heinrich Himmler übernahm schrittweise die Leitung der Politischen Polizei in den einzelnen Ländern. Adolf Hitler ernannte Himmler 1936 zum Chef der Deutschen Polizei und unterstellte ihm alle Gliederungen der Polizei im Reich. Von Himmler wurde die Polizei neu organisiert und zentralisiert. Führungspositionen wurden nun mit SS-Mitgliedern besetzt. Polizei und SS sollten langfristig zu einem **Staatsschutzkorps** verschmelzen.

Schutzpolizei und Gendarmerie wurden als Ordnungspolizei dem neu geschaffenen Hauptamt Ordnungspolizei unterstellt. Als zentrale Behörde für Gestapo und Kriminalpolizei wurde das Hauptamt Sicherheitspolizei errichtet, das 1939 mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) zum Reichssicherheitshauptamt zusammengelegt wurde. Die von Reinhard Heydrich geleitete Behörde war die Terrorzentrale des NS-Staates.

Gegnerbekämpfung durch die Gestapo

Das Personal der Gestapo kam überwiegend aus der Kriminal- und Schutzpolizei der Weimarer Republik. In den ersten Jahren der Diktatur bekämpfte die Gestapo hauptsächlich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Ab 1935 gerieten immer mehr Gruppen in den Fokus der Gestapo, vor allem Vertreter der Kirchen, die Zeugen Jehovas und Homosexuelle.

Die Gestapo arbeitete eng mit lokalen Polizeibehörden und Amtsträgern von Partei und Staat zusammen. Sie stand im Ruf, allwissend zu sein. Mit etwa 6 500 Mitarbeitern im Jahr 1937 hatte die Gestapo weniger Personal als alle anderen Polizeizweige, daher waren Denunziationen aus der Bevölkerung wichtige Informationsquellen.

Daneben setzte die Gestapo bewährte Mittel der Polizeiarbeit fort wie erkennungsdienstliche Behandlung, Spurensicherung und Karteisysteme. Ihre Methoden aber wurden immer brutaler, Folter war bei Vernehmungen die Regel.



Verfolgung der jüdischen Bevölkerung

Die Nationalsozialisten wollten die Juden aus der von ihnen propagierten **Volksgemeinschaft** ausschließen. Durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen erfolgte die zunehmende Ausgrenzung von Juden aus der Gesellschaft. Für ihre Verfolgung war die Gestapo zuständig, unterstützt durch Parteiorganisationen und staatliche Institutionen.

Schon vor den Nürnberger Gesetzen wurden Beziehungen zwischen Juden und **Ariern** angeprangert. Der Pogrom vom 9. November 1938 leitete eine neue Stufe der antisemitischen Politik ein. Im Anschluss an den Pogrom wurden etwa 30 000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt. Noch wollte das NS-Regime die Juden zur Auswanderung zwingen.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs radikalisierten sich die Verfolgungsmaßnahmen. Die ab Herbst 1941 erfolgenden Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager in Osteuropa wurden vom Reichssicherheitshauptamt organisiert.

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Kriminalpolizei

Einige Kriminalbeamte forderten bereits in der Weimarer Republik, sogenannte Berufsverbrecher in **Sicherheitsverwahrung** zu nehmen. Die Idee der **vorbeugenden Verbrechensbekämpfung** wurde vom NS-Regime umgesetzt und erweitert: In polizeiliche **Vorbeugehaft** kamen nun auch **Asoziale** und **Arbeitsscheue**. Zur Koordinierung und möglichst lückenlosen Überwachung wurde 1937 das Reichskriminalpolizeiamt in Berlin gebildet, das Arthur Nebe unterstand. Spezielle Reichszentralen waren für die Erfassung und Bekämpfung einzelner Straftaten und Gruppen zuständig. So koordinierte ab 1938 die **Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens** die Verfolgung der Sinti und Roma. Eine weitere Reichszentrale war für die Jugendlichen zuständig, denen abweichendes Verhalten angelastet wurde.

Die Radikalisierung der Polizei im Krieg

Mit Kriegsbeginn kamen auf die Polizei neue Aufgaben zu: Sie sollte den Zusammenhalt der **Heimatfront** gewährleisten. Das NS-Regime erließ eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, die den Alltag immer stärker reglementierten. Gestapo und Kriminalpolizei verfolgten selbst kleinste Ordnungsverstöße sogenannter Volksschädlinge mit unerbittlicher Härte.

Ab 1941 wurden immer mehr Menschen aus den besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich verschleppt. Sie waren einem strengen Polizeiregime unterworfen, das von der Kennzeichnungspflicht bis zur Unterbringung reichte. Zwangsarbeitern, die sich Anweisungen widersetzten oder flüchteten, drohte die Einweisung in Lager der Gestapo.

Alliierte Luftangriffe zerstörten ab 1942 viele deutsche Städte und legten das öffentliche Leben zunehmend lahm. Um die Ordnung aufrechtzuerhalten, ging die Polizei mit großer Härte gegen die Bevölkerung vor. In der Endphase des Krieges bedrohte der NS-Terror jeden, der dem Regime nicht bis in den Untergang folgen wollte.



Polizei und Zwangsarbeit

Mit fortschreitender Kriegsdauer war das Deutsche Reich auf immer mehr Arbeitskräfte für die Wirtschaft angewiesen. Ab 1942 waren insgesamt mehr als acht Millionen Zivilarbeiter und vier Millionen Kriegsgefangene im Deutschen Reich vor allem in Rüstungsbetrieben, in Bauprojekten und in der Landwirtschaft im Einsatz.

Die Gestapo reglementierte mit Erlassen und Vorschriften die Arbeitsverhältnisse und den Umgang der Zwangsarbeiter mit der deutschen Bevölkerung. Besonders schlimm waren die Bedingungen für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa:

Sie standen am unteren Ende der Hierarchie des Rassismus.

Zwangsarbeiter, die sich den Vorschriften widersetzen, wurden von der Polizei in Arbeitserziehungslager eingewiesen. Diese Lager unterstanden der Geheimen Staatspolizei, das Wachpersonal stellte die Ordnungspolizei.

Der Luftschutz der Polizei

Ab 1935 bereiteten sich die Behörden in Deutschland auf Luftangriffe im nächsten Krieg vor. Die Polizei spielte dabei eine entscheidende Rolle: Mit der Feuerschutzpolizei, dem Sicherheits- und Hilfsdienst und der Technischen Nothilfe stellte die Ordnungspolizei zentrale Institutionen des zivilen Luftschutzes.

Mit Beginn des Krieges war die Ordnungspolizei für die Organisation des Luftschutzes verantwortlich. Dazu gehörten die Verdunkelung der Städte, die Überwachung der Luftschutzbunker sowie die Erfassung und die Beseitigung von Luftkriegsschäden.

Mit dem Luftkrieg wurde der Luftschutz ab 1942 zur wichtigsten Aufgabe der Ordnungspolizei in Deutschland. Auch während der alliierten Luftangriffe zeigte sich der rassistische Charakter des NS-Regimes: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene hatten keinen Zutritt zu den Bunkern. Nach den Angriffen mussten sie Blindgänger entschärfen, Leichen bergen und die Trümmer beseitigen.

Eskalation an der ›Heimatfront‹

Um einen Zusammenbruch der **Heimatfront** wie 1918 zu vermeiden, sollte die Polizei die innere Sicherheit im Deutschen Reich mit allen Mitteln aufrechterhalten. Dazu wurden zahlreiche neue Straftatbestände geschaffen: So war das Hören ausländischer Rundfunksender strafbar. Für das Aufspüren und die Ahndung solcher Delikte waren die Gestapo und die Kriminalpolizei zuständig.

Die Polizei bekämpfte konsequent jeden Widerstand. Vom Terror bedroht waren nicht nur weltanschauliche und politische Gegner des NS-Regimes, sondern jeder, der die immer strengeren Vorschriften und Maßnahmen für den totalen Kriegseinsatz nicht vollständig befolgte.

Seit Herbst 1944 führten der verstärkte alliierte Luftkrieg und das Näherrücken der Front besonders in den Großstädten zum Zerfall der Ordnung. Plünderer wurden hart bestraft, vereinzelt sogar öffentlich erhängt, um die Bevölkerung abzuschrecken. In den letzten Kriegsmonaten ermordete die Gestapo noch Tausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.



Europa im Griff der Polizei

Mit dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Die Offensiven der Wehrmacht 1940 führten zur Eroberung weiterer Teile Nord- und Westeuropas. Der Krieg auf dem Balkan und gegen die Sowjetunion dehnte den deutschen Machtbereich 1941 auf fast ganz Europa aus.

Die Polizei übertrug ihre Organisationsstruktur auf alle Besatzungsgebiete. Höhere SS- und Polizeiführer übten als Stellvertreter Himmlers direkten Einfluss auf die Besatzungspolitik aus. Zur Durchsetzung ihrer Ziele war die deutsche Polizei auf die Unterstützung durch Einheimische angewiesen.

Auf Anschläge und Sabotage reagierten Polizei, SS und Wehrmacht mit rücksichtsloser Härte auch gegenüber Unbeteiligten. Mord und Terror deutscher Polizeieinheiten wurden in Europa zum Inbegriff der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Brutalität der Besatzer führte in allen okkupierten Ländern mehr und mehr zu Widerstand.

Kriegsvorbereitung und Annexionen

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen erhielten Zivilisten eine paramilitärische Ausbildung für den vorgesehenen Einsatz an der ***Heimatfront***.

Verbände der Polizei und der SS beteiligten sich 1938 am Einmarsch in Österreich und an der Besetzung des Sudetenlands. Die Propaganda verbreitete das Bild eines friedlichen ***Anschlusses***, doch tatsächlich wurden Diktatur und Verfolgungsmaßnahmen innerhalb von kürzester Zeit auf die einverlebten Gebiete übertragen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Personal der Polizei stark erhöht. Aus altgedienten Polizisten, Reservisten und Freiwilligen wurden neue Formationen gebildet, die in den besetzten Gebieten zum Einsatz kamen. Ab 1942 wurden auch Frauen im Krieg eingesetzt. Zumeist waren sie als Nachrichtenhelferinnen oder in der Verwaltung bei der Polizei tätig.

Neue Herrschaftsordnung in Polen

Unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf Polen rückten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie Formationen der Ordnungspolizei in das eroberte Gebiet vor.

Gemeinsam mit dem paramilitärischen ***volksdeutschen Selbstschutz*** begingen Polizisten zahlreiche Morde an der Zivilbevölkerung. Bis Ende 1939 wurden rund 60.000 Angehörige der polnischen Führungsschicht erschossen. Juden wurden öffentlich gedemütigt und misshandelt, viele wurden umgebracht.

Das Deutsche Reich annektierte Teile Polens und unterstellte die übrigen besetzten Gebiete als Generalgouvernement einer gesonderten Verwaltung. Während des gesamten Krieges beuteten die deutschen Besatzer Polen rücksichtslos aus.

Die Polizei organisierte die Vertreibung Hunderttausender aus den annektierten Gebieten in das Generalgouvernement und die Ansiedlung ***Volksdeutscher*** aus Ost- und Südosteuropa.



Repression und Widerstand in Westeuropa

Im besetzten Westeuropa war die deutsche Polizei vor allem auf die Kollaboration der lokalen Behörden angewiesen. Zusammen mit der einheimischen Polizei verfolgte sie Oppositionelle. Viele Franzosen und Niederländer wurden – oft nach Razzien – zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich verschleppt.

In allen Ländern gab es Sabotageakte und Anschläge gegen die Deutschen, die darauf mit immer rücksichtsloserem Terror reagierten. Trotz Verhaftungen führender Widerstandskämpfer konnte die Polizei das Erstarken der Widerstandsbewegungen nicht verhindern. Der Widerstand wuchs mit dem Vormarsch der Alliierten.

Die deutsche Propaganda feierte bis zuletzt die Polizei als Repräsentanten der von der NS-Führung vorgesehenen **neuen Ordnung** für Europa.

Partisanenkrieg in Ost- und Südosteuropa

Anders als in Westeuropa wurde der Krieg im Osten von Beginn an als ein Vernichtungskrieg geführt. Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war für das NS-Regime der entscheidende Schritt zur Gewinnung von **Lebensraum im Osten**. Dabei kalkulierte die NS-Führung bewußt den Tod von über 30 Millionen Menschen ein. Gegen die deutsche Besatzung gab es zunächst wenig Widerstand. Der Terror gegen die Zivilbevölkerung forcierte die Tätigkeit von Partisanengruppen. Bei deren Bekämpfung ermordeten Polizei, SS und Wehrmacht Hunderttausende von unbeteiligten Zivilisten. Ganze Landstriche wurden systematisch entvölkert und zu **toten Zonen** erklärt. Im Verlauf des Krieges wurden die radikalen Methoden auch gegen den Widerstand in Südosteuropa angewandt. An Kriegsverbrechen in Jugoslawien und Griechenland waren Eliteeinheiten von Polizei und SS beteiligt.

Grenzenloses Morden

Die Polizei führte den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden, den Sinti und Roma aus. Alle Sparten der Polizei waren von der Erfassung über die Konzentration bis zur Ermordung der Opfer direkt daran beteiligt.

Nach Kriegsbeginn 1939 zwang die Sicherheitspolizei die polnischen Juden in Ghettos zu leben. Im Zuge der NS-Vernichtungspolitik wurden fast alle Ghettos bis Ende 1943 von Polizei- und SS-Verbänden gewaltsam aufgelöst. Die Ghettoinsassen wurden ermordet oder kamen in Vernichtungslager.

Bereits ab Sommer 1941 ermordeten mobile Einheiten der Polizei in der Sowjetunion Juden sowie Kriegsgefangene und des Widerstands verdächtige Zivilisten. Ab Herbst 1941 wurde die jüdische Bevölkerung aus dem Deutschen Reich und schließlich aus dem gesamten deutschen Herrschaftsgebiet deportiert und ermordet.

Deportationen

Der Krieg bot die Möglichkeit, die Juden in die eroberten und besetzten Gebiete abzuschieben. Erste Deportationen nach Polen gab es bereits im Herbst 1939.

Mit dem Entschluss des NS-Regimes, alle europäischen Juden zu ermorden, setzten im Oktober 1941 die massenhaften Deportationen ein.



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Aus allen Ländern des deutschen Herrschaftsbereichs wurden Juden in die Ghettos und Vernichtungslager in Osteuropa verschleppt. Ab März 1943 wurden auch Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert.

Die Gestapo plante und koordinierte die Deportationen der Juden, die Kriminalpolizei die der Sinti und Roma. Das Wachpersonal für die Deportationszüge in den Osten stellte die Ordnungspolizei. Die Deportationen fanden vor den Augen der Öffentlichkeit statt. Dabei arbeitete die Polizei eng mit anderen Behörden wie der Reichsbahn zusammen.

Ghetto Litzmannstadt

Unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen begann die Verfolgung der dort lebenden jüdischen Bevölkerung. Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, befahl die »Konzentration der Juden« in Zwangsquartieren. Bis 1942 errichteten deutsche Zivilverwaltung und Polizei hunderte Ghettos. Sie waren für die Juden Durchgangsstationen auf dem Weg in die Vernichtungslager.

Anfang 1940 wurde in Lodz auf Befehl des Polizeipräsidenten ein Ghetto errichtet. Über 200.000 Juden waren dort unter elenden Bedingungen zusammengepfercht und mussten Zwangsarbeit für die deutsche Wirtschaft leisten. Mehr als 45.000 Juden starben im Ghetto von Litzmannstadt, wie die Deutschen die Stadt Lodz ab 1940 nannten, an Hunger, Seuchen und dem allgegenwärtigen Polizeiterror.

Die Ordnungspolizei riegelte das Ghetto von der Außenwelt ab. Flüchtende Juden wurden von den Polizisten erschossen. Innerhalb des Ghettos unterhielten Gestapo und Kriminalpolizei eigene Dienststellen. Bis zur Auflösung des Ghettos im Sommer 1944 deportierte die Gestapo fast 150.000 Juden in die Vernichtungslager Chelmno und Auschwitz.

Mobile Mordkommandos

Die Polizei stellte vor dem deutschen Überfall auf Polen neue mobile Einheiten auf. Sie sollten politische und weltanschauliche Gegner verhaften und exekutieren und so die deutsche Herrschaft sichern.

Die Sicherheitspolizei stellte eigene Einsatzgruppen auf, die von Gestapoführern, höheren Kriminalbeamten und Führern des SD kommandiert wurden. Die Mehrheit des Personals für den **Osteinsatz** stellte die Ordnungspolizei mit ihren Polizeibataillonen.

Vor dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 wurden die mobilen Mordkommandos massiv aufgestockt. Hinter der Front erschossen Polizeieinheiten vor allem Juden, kommunistische Funktionäre, Kriegsgefangene und Roma. Als Mordinstrumente dienten auch spezielle Gaswagen, die das Kriminaltechnische Institut in Berlin entwickelte. Der Einsatz der Polizei weitete sich zum systematischen Völkermord aus. Allein in der Sowjetunion ermordeten vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und die mehr als 30 Polizeibataillone in den Jahren 1941/42 über eine Million Menschen.



Zwangsarbeit an der Durchgangsstraße IV

Die Deutschen beuteten die eroberten Gebiete wirtschaftlich aus und zwangen die Bevölkerung zur Zwangsarbeit. Die Polizei rekrutierte und bewachte die Zwangsarbeiter. Ein strategisch wichtiger Nachschubweg für die Wehrmacht und eines der größten Bauprojekte im deutsch besetzten Osteuropa war die mehr als 2 000 Kilometer lange Durchgangsstraße IV von Ostpolen bis in die Südukraine.

Viele der zur Errichtung der Straße herangezogenen Juden und Kriegsgefangenen starben an den Folgen schwerer Arbeit oder durch die Grausamkeiten der Bewacher. In der südlichen Ukraine überwachte der **Einsatzstab Gieseke**, ein Kommando des regionalen Höheren SS- und Polizeiführers, die Bauarbeiten. Die Wachmannschaften bestanden aus Ordnungspolizisten und aus einheimischen Hilfskräften. Sie erschossen die nicht mehr Arbeitsfähigen. Von 1942 bis 1944 starben an der Durchgangsstraße IV mehr als 25.000 Menschen.

Niederschlagung des Warschauer Aufstands

Die nationalpolnische **Armia Krajowa** (Heimatarmee) erhob sich am 1. August 1944 in Warschau gegen die Besatzer, um die Stadt noch vor dem Einmarsch der Roten Armee zu befreien. Wehrmacht, SS- und Polizeiverbände schlugen den Aufstand bis Anfang Oktober 1944 brutal nieder.

Bei den Kämpfen starben über 180.000 Menschen, mehrheitlich Zivilisten. Auf Befehl Hitlers wurde die polnische Hauptstadt anschließend systematisch zerstört.

Zahlreiche Verbrechen an der Warschauer Bevölkerung verübte die **Kampfgruppe Reinefarth**. Sie bestand aus eilig zusammengestellten Verbänden aus Polizei, Wehrmacht, Waffen-SS und aus osteuropäischen Hilfskräften. Kommandeur der Kampfgruppe war der Höhere SS- und Polizeiführer Heinz Reinefarth. Allein in den ersten Augusttagen erschossen Einheiten der **Kampfgruppe Reinefarth** mehr als 15.000 Zivilisten in den Stadtteilen Wola und Ochota.

Viele Vollstrecker und wenige Verweigerer

Bis zu 355.000 Männer und Frauen gehörten während des Krieges zur Ordnungs-, Kriminal- und Geheimen Staatspolizei. Die Ordnungspolizei verfügte 1942 mit etwa 310.000 Mann über das meiste Personal. Dazu kamen noch Hilfsformationen und in den besetzten Gebieten aus Einheimischen aufgestellte Polizeiverbände. In den mehr als 100 Polizeibataillonen waren zehntausende Ordnungspolizisten in den eroberten Gebieten eingesetzt.

Jeder Polizist sollte eine Stütze des NS-Regimes sein, wenn auch in unterschiedlicher Funktion und Verantwortung. Viele Beamte taten sich in diesem Sinne besonders hervor. Von der Verkehrsregelung bis zur Massenerschießung führten sie die ihnen aufgetragenen Aufgaben pflichtgemäß aus. Nur eine sehr kleine Minderheit nutzte Handlungsmöglichkeiten, um sich den Verbrechen zu entziehen oder sogar Verfolgten zu helfen.



Ganz gewöhnliche Männer?

Das Polizeipersonal bestand aus Männern, die vornehmlich aus der ›Mitte der Gesellschaft‹ kamen. Die Gründe, weshalb Polizisten selbst schwerste Verbrechen begingen, waren sehr unterschiedlich.

In Dokumenten und Vernehmungsaussagen finden sich Belege für Gehorsam, Gruppendruck und Korpsgeist, für beruflichen Ehrgeiz, weltanschauliche Schulungen, antisemitische und andere rassistische Einstellungen, Antikommunismus, Herrenmenschendenken, für Abstumpfung und Routine, aber auch für Sadismus und persönliche Bereicherung.

Einen immer wieder behaupteten ›Befehlsnotstand‹ hat es nur als Entlastungsstrategie in den Nachkriegsprozessen gegeben. Bis heute ist kein einziger Fall bekannt geworden, in dem ein Polizist wegen der Verweigerung eines Mordbefehls hart bestraft oder gar erschossen worden wäre. Polizisten, die sich von Erschießungskommandos fernhielten, galten im Kameradenkreis als ›Schwächlinge‹.

Zwischen Resistenz und Widerstand

Die meisten Angehörigen der Schutz- und Kriminalpolizei stützten nach 1933 die Diktatur. Nur wenige Fälle sind bekannt, in denen Polizisten einzelne Regimegegner und andere Verfolgte warnten oder ihnen halfen.

Bei den hier vorgestellten vier Fällen waren die Motivationen zum Handeln sehr unterschiedlich: Ein Berliner Polizist unterstützte durch Urkundenfälschung Juden bei der Flucht, weil er als ehemaliger Sozialdemokrat den Nationalsozialismus ablehnte. Ein bayerischer Polizist versteckte während des Krieges eine von Deportation bedrohte Jüdin, weil seine Verwandten ihn dazu veranlasst hatten. Ein Kriminalbeamter aus Wuppertal strich eine Sinti-Familie aus der Deportationsliste, weil er mit ihr befreundet war. Ein leitender Polizeibeamter schloss sich im April 1945 einer Gruppe von Bürgern an, die trotz anderslautender Befehle die kampflose Übergabe der Stadt Düsseldorf an die Alliierten plante.

Eine Polizeikarriere – Julius Wohlauf

Der 1913 in Dresden geborene Julius Wohlauf steht beispielhaft für hunderte von jungen Polizeioffizieren, die im NS-Staat Karriere machten. Nach dem Abitur absolvierte Wohlauf eine Lehre und wurde Mitglied der SA und der NSDAP. Er trat 1936 auch der SS bei und bewarb sich bei der Schutzpolizei. Als Hauptmann befehligte er 1942 im besetzten Polen die 1. Kompanie im Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101, das für Deportationen und Massenerschießungen von Juden verantwortlich war.

Nach Kriegsende arbeitete Wohlauf zunächst als Vertreter, ehe er 1955 wieder in die Hamburger Polizei übernommen wurde. Als 1963 gegen ihn wegen Mordes ermittelt wurde, fand seine Nachkriegskarriere als Leiter der Abteilung für Verkehrserziehung ein abruptes Ende. Das Schwurgericht Hamburg verurteilte ihn 1968 zu einer achtjährigen Zuchthausstrafe wegen Beihilfe zum Mord an 9.200 Menschen.

Damit gehört Wohlauf zu den wenigen Tätern der Ordnungspolizei, die sich für ihre Taten vor Gericht verantworten mussten. Julius Wohlauf starb 2002 in Hamburg.



Neuanfang, aber keine Stunde Null

Nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die alliierten Siegermächte die Polizeigewalt in Deutschland. Beim Wiederaufbau griffen die Westalliierten aus pragmatischen Gründen schon bald auf einen Großteil des alten Personals zurück. In der Sowjetischen Besatzungszone konnten hingegen nur wenige Polizisten in ihren Beruf zurückkehren.

In den drei Westzonen bauten die Alliierten die Polizei nach föderalen Grundsätzen auf und unterstellten sie rechtsstaatlicher Kontrolle. Nach den Erfahrungen der NS-Diktatur wurden in der Bundesrepublik Deutschland die Kompetenzen von Polizei und Nachrichtendiensten strikt getrennt.

Die vier Siegermächte verurteilten in Nürnberg die Hauptkriegsverbrecher, ein Großteil der Polizeiverbrechen blieb jedoch ungesühnt. Erst die Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland einsetzenden Strafprozesse verdeutlichten der Öffentlichkeit, in welchem Ausmaß die Polizei an den NS-Verbrechen beteiligt war. Die Ermittlungen der Justiz richteten sich oft gegen Personen, die wieder im Polizeidienst waren. Durch Absprachen und Falschaussagen behinderten sie die strafrechtliche Aufklärungsarbeit. Die meisten Polizisten mussten sich niemals für ihre in der NS-Zeit verübten Verbrechen vor Gericht verantworten.

Neubeginn mit Legenden

Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher stuften die Alliierten die Gestapo 1946 als verbrecherische Organisation ein, nicht jedoch die Kriminal- und die Ordnungspolizei. Mit Falschaussagen vor dem Nürnberger Tribunal trugen ehemals führende Polizeibeamte zur Legende bei, dass innerhalb der Polizei allein die Gestapo für die Verbrechen des NS-Regimes verantwortlich gewesen sei.

Die Entnazifizierung und den Wiederaufbau der Polizei betrieben die Alliierten in ihren Besatzungszonen jeweils eigenverantwortlich. In den Westzonen konnten viele Polizisten ihre Karrieren fortsetzen. Die Polizei in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland wies in den 1950er Jahren eine hohe personelle Kontinuität zur Polizei im NS-Staat auf.

Die sowjetische Besatzungsmacht bildete in ihrer Zone neue Polizeikader aus. In der DDR wurde die Polizei ab 1949 zur Stütze der SED-Diktatur.

Alte Kameraden, neue Prozesse

Die NS-Verbrechen wurden in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende der 1950er Jahre strafrechtlich nicht systematisch verfolgt. Das änderte sich 1958 mit der Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Die Behörde ermittelte zahlreiche von Deutschen in den besetzten Gebieten verübte Verbrechen.

Viele Täter waren inzwischen wieder im bundesdeutschen Polizeidienst, nur wenige mussten sich trotz aufwendiger Ermittlungen tatsächlich vor Gericht verantworten. Die Prozesse konfrontierten die Öffentlichkeit erstmals mit der Dimension der nationalsozialistischen Polizeiverbrechen.



DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

Die DDR definierte sich als antifaschistischer Staat. Aus diesem Selbstverständnis heraus warf sie der Bundesrepublik die mangelnde Strafverfolgung der NS-Verbrechen vor. Entgegen der eigenen Propaganda wurden diese Taten aber auch in der DDR kaum geahndet. Strafprozesse gegen NS-Verbrecher blieben in der DDR Einzelfälle.

Die Wiederkehr der verdrängten Vergangenheit

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit fiel auch der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland lange schwer. Die Loyalität mit den alten Kameraden, die vielfach Kollegen waren, blockierte eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen. Nicht nur in der Polizei, sondern in der gesamten deutschen Öffentlichkeit herrschte die Vorstellung, dass allein die Gestapo für Deportationen und Massenmord verantwortlich gewesen sei.

Die Sicht auf die Polizei im Nationalsozialismus veränderte sich in den 1980er Jahren. Damals schied die Generation aus dem Dienst, deren Berufslaufbahn im NS-Staat begonnen hatte. Damit wurde eine unbefangene Diskussion des Themas möglich, die mit einem gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit einherging. Im vereinigten Deutschland ist seit 1990 die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu einem zentralen Bestandteil der politischen Kultur geworden. Wissenschaftliche Forschungen und das Engagement von Bürgerinitiativen haben die Legende von der sauberen Polizei im NS-Staat widerlegt.

Ordnung und Vernichtung - Die Polizei im NS-Staat

1. April - 31. Juli 2011

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums

1

Ausstellungsplakat Deutsches Historisches Museum

2

Haltekelle mit Hakenkreuz
Berlin, zwischen 1936 und 1945
Polzeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin
Foto: DHM

3

Tschako für Wachtmeister der Schutzpolizei
zwischen 1935 und 1945
Berlin, Deutsches Historisches Museum
Foto: DHM

4

»Gestapo- und SS-Führer kommandieren die westdeutsche Polizei. Eine Dokumentation über 250 leitende Polizeioffiziere Westdeutschlands«
Herausgeber: Ausschuß für deutsche Einheit / Berlin (Ost), 1961
Münster, Deutsche Hochschule der Polizei –
Polzeigeschichtliche Sammlung
Foto: DHM

5

»Die Berliner Straßenkämpfe«
»Das Illustrierte Blatt«, Nr. 19, 11. Mai 1929
Berlin, Stiftung Stadtmuseum Berlin
Foto: Oliver Ziebe

6

»Die Polizei greift durch!«
Lodz, 8. September 1942
Warschau, Żydowski Instytut Historyczny

Ordnung und Vernichtung - Die Polizei im NS-Staat

1. April - 31. Juli 2011

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums

7



Demütigung von Christine Neemann und Julius Wolff wegen Rassenschande, Norden 22. Juli 1935
Niedersächsisches Landesarchiv-Staatsarchiv Aurich

8



Kurt Daluge
Nationalsozialistischer Kampf gegen das Verbrechen
München 1936
Berlin, Redaktion Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei CILIP
Foto: Arne Psille / DHM

9



Dienststellenschild
Berlin zwischen 1936 und 1945
Polizeihistorische Sammlung beim Polizeipräsidenten in Berlin
Foto: Arne Psille / DHM

10



Aufnahme aus einem Fotoalbum eines Angehörigen des Reserve-Polizeibataillons 72, Polen um 1940
Münster, Geschichtsort Villa ten Hompel
Foto: Stadtmuseum Münster

11



Propagandaplakat für die Polizei mit Sammlungsaufwurf für das Winterhilfswerk, 1941
Berlin, DHM, Foto: Arne Psille/DHM

12



Johannes Köster, Polizisten im Luftkrieg, Bremen Juni 1943
Staatsarchiv Bremen

Ordnung und Vernichtung - Die Polizei im NS-Staat

1. April - 31. Juli 2011

Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei und des Deutschen Historischen Museums

13

Deportation von Juden aus Ludwigshafen
Ludwigshafen, 22. Oktober 1940
Stadtarchiv Ludwigshafen

14

Exekution von Juden in Lubny durch das
Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C
Johannes Hähle, Lubny, 16. Oktober 1941
Hamburger Institut für Sozialforschung

15

Polizistin in der Sowjetischen
Besatzungszone
als Symbol der »Neuen Polizei«
in: »Dresdner Polizei 1945 –
1946. Ein Jahr im Neuaufbau«
Herausgeber: Polizeipräsidium der Landeshauptstadt
Dresden, 1946
Dresden, Polizeigeschichtliche Sammlung Sachsen
Foto: DHM

16

»SA und Schupo vereint«
aus dem »Roten Album«, erstellt von einem unbekanntem
Anhänger der NSDAP / Heilbronn, 1933 / Fotoalbum /
Stadtarchiv Heilbronn

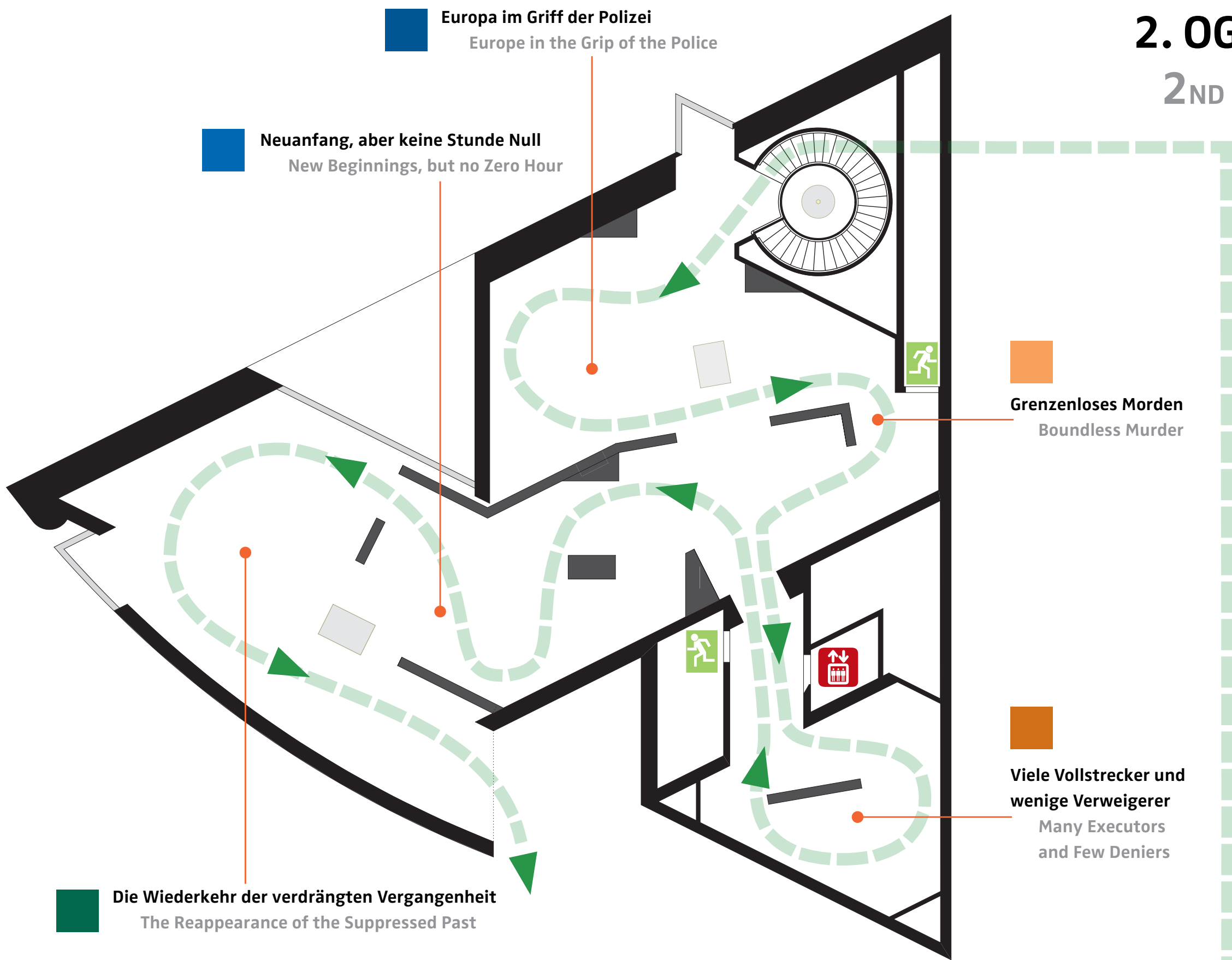
17

Mitarbeiter der Kriminalpolizei im Ghetto Litzmannstadt
Lodz, zwischen 1940 und 1944
Warschau, Żydowski Instytut Historyczny

18

Kübelspritze der Feuerschutzpolizei
Hamburg, zwischen 1939 und 1945
Privatbesitz
Foto: DHM

2. OG
2ND FLOOR



Die Radikalisierung der Polizei im Krieg
The Radicalization of the Police during the War

Die Polizei als Stütze der nationalsozialistischen Diktatur
The Police as an Agency of the National Socialist Dictatorship

Militärische Traditionen und demokratische Ansätze in der Weimarer Republik
Military Traditions and Democratic Approaches in the Weimar Republic

Eine Institution mit Vergangenheit
An Institution with a Past



1. OG
1st FLOOR